

40 JAHRE SCHWEIGEN IN MERSEBURG

In Erinnerung an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret

Initiative 12. August

Racism is rampant in this town, it has no control. [...] Racism is more than just words, beliefs and actions, it includes all the barriers that prevent people from enjoying dignity and equality because of their origin, color, race, etc.¹

Am 12. August 2019 versammelten sich in Merseburg in Sachsen-Anhalt über 200 Menschen zu einer Gedenkveranstaltung in der Innenstadt. Sie erinnerten an Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret. Es war das erste öffentliche Gedenken an die beiden kubanischen Vertragsarbeiter seit ihrem gewaltsamen Tod in dieser Stadt vor genau vierzig Jahren. Die Teilnehmenden der Gedenkveranstaltung, die das vierzigjährige Schweigen in Merseburg brachen, waren größtenteils aus Halle und Leipzig angereist. Nur wenige Menschen aus Merseburg wollten sich für eine Aufklärung der Todesfälle einsetzen, obwohl sich viele noch genau an die brutalen Geschehnisse des 12. August 1979 erinnern können – entweder weil sie davon gehört hatten oder selbst beteiligt waren. In der Stadt gibt es heute nichts, das auf das Schicksal der beiden Vertragsarbeiter hinweist. Auch die Diskothek an der Saale, von der aus die tödliche Hetzjagd begann, an deren Ende zwei Menschen starben, ist in den 1980er-Jahren aufgrund eines Kurzschlusses vollständig abgebrannt. Der Ort ist heute mit einem kleinen Wäldchen bewachsen.

In ihrem Redebeitrag forderte eine Aktivistin der Initiative 12. August die Stadt auf, eine öffentliche Gedenkstätte für die beiden Getöteten zu errichten:

Gedenken soll keine Imagepflege sein, nichts womit wir uns schmücken sollten, nichts womit es genug ist. Das Gedenken ist stets unsere Verantwortung. Die Verantwortung das Schweigen zu brechen, Rassismus zu benennen, die Definitionsmacht Betroffener anzuerkennen und den Angehörigen unsere Anteilnahme zukommen zu lassen.²



Die Redebeiträge an diesem Tag machten allesamt klar: Rassismus in Form von Ungleichbehandlung, von Segregation, von Unsichtbarmachung und Gewalt besitzt eine lange Kontinuität. Diese reicht nicht nur zurück bis ins Wendejahr 1989, Rassismus gab es bereits lange zuvor. Daran erinnerte während der Gedenkveranstaltung auch die

Initiative unSichtbar – Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg:³

Die Tode von Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret reihen sich in eine viel zu lange Liste von Menschen ein, die Opfer rassistischer Gewalt geworden sind. Viele dieser Straftaten werden nicht erfasst oder auf- geklärt und lassen deshalb Verwandte und Unterstützende allein zurück.⁴

Dabei gehe es, so die Aktivist*innen der Initiative unSichtbar, auch da- rum, die Leistungen, Errungenschaften, die politische Arbeit sowie die vielen alltäglichen Widerstandsformen von rassismuserfahrenen Menschen in die Öffentlichkeit zu bringen und für deren Anerkennung zu kämpfen. Es gehe um Verständnis und Solidarität mit Menschen, die täglich in einem rassistischen System leben und irgendwie zurechtkommen müssen, ohne jemals eine Wertschätzung für diese enormen Kraftanstrengungen zu erfahren. Diese Kraftanstrengung ist auch der tägliche Kampf um ein würdiges Leben in Merseburg unter den Bedingungen eines Duldungsstatus, das durch Sanktionen, fehlende Bargeldleistungen⁵ und Rassismus in den Behörden und auf der Straße verunmöglicht wird, wie zwei in Merseburg lebende Personen mit Fluchterfahrung auf der Kundgebung berichteten.⁶

Von diesem täglichen Kampf zeugt auch das Ringen um das Gedenken selbst: Am Ende der Gedenkveranstaltung wurden dort, wo einst die Diskothek stand, eine Gedenktafel und Bilder der Getöteten aufgestellt, vor welche die Teilnehmenden ihre Blumen niederlegten. Nur wenige Tage später wurde dieser kleine Gedenkort von Unbekannten geschändet. Doch das öffentliche Erinnern an die rassistische Gewalt in Merseburg ist nicht

nur eine Anklage der unbehelligten Täter*innen und ihrer schweigenden Mitwisser*innen. Sondern es ist vor allem ein Ort, an dem Betroffene selbst über ihre Erfahrungen bestimmen können und sie nicht der Deutung von Gerichten, Polizei und Behörden unterliegen. Das Reden über rassistische Gewalt soll ein Akt der Umverteilung von Deutungsmacht sein. Deshalb werden wir nun darüber reden, was am 12. August 1979 geschah.

Was geschah am 12. August 1979?

Leider gibt es nur sehr wenige Quellen, um 40 Jahre später den Tathergang genau nachzuvollziehen, denn die Täter*innen schweigen und die Betroffenen leben heute größtenteils in Kuba. Über mehrere Jahre recherchierten die Journalisten Christian Bergmann und Tom Fugmann zu diesen und anderen rassistischen Gewalttaten in der DDR. Sie veröffentlichten insgesamt drei Dokumentationen und mehrere kurze Beiträge im MDR, in denen auch ehemalige Vertragsarbeiter*innen, Freund*innen und Angehörige der Getöteten in Kuba zu Wort kommen. Den Anstoß zu diesen Dokumentationen gaben die Arbeiten des Historikers Harry Waibel. Er ist bisher der einzige, der Hinweise auf rassistische und rechte Gewalt aus den Stasi-Akten systematisch zusammengetragen hat. Auch wenn Waibel in seinen Büchern die Darstellungen der DDR-Behörden kritisch analysiert und hinterfragt, sind sie doch seine einzige Informationsquelle und die Perspektiven der Betroffenen kommen dort nicht vor. Das Geschehen am 12. August und an den Tagen zuvor lässt sich bisher also nur aus den Stasi-Akten, den Arbeiten Waibels und den MDR-Dokumentationen rekonstruieren.

Diese Einschränkung stellt auch unseren Anspruch, als Initiative die Perspektiven der Betroffenen in den Mittelpunkt zu rücken, vor große Herausforderungen.

Die Hetzjagd am 12. August geschah nicht aus heiterem Himmel, sondern bahnte sich bereits durch rassistische Gewalt in den Tagen zuvor an. Der Historiker Waibel schreibt, es kam bereits in der Nacht des 11. August 1979 »zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und Kubanern [...], an der auch 10 bis 12 Deutsche beteiligt waren, die danach Richtung Stadtmitte zogen.« Dort sollen die Deutschen grundlos mehrere Kubaner niedergeschlagen haben, wodurch es zu einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe kubanischer Vertragsarbeiter kam.⁷ Daran anschließend planten mehrere Vertragsarbeiter, die Täter*innen am darauffolgenden Tag anzugreifen.

Der beteiligte kubanische Vertragsarbeiter Marcelo Figueroa erklärte 2016 in einem Interview mit Christian Bergmann, dass die geplante Reaktion nicht als Racheaktion gemeint war, sondern, dass sie es schlicht leid gewesen seien, ständig vor den Deutschen wegrennen zu müssen und deren Anfeindungen ausgesetzt zu sein.⁸ Am nächsten Tag, dem 12. August, griffen kubanische Vertragsarbeiter die vermuteten Täter*innen in der Diskothek Strandkorb an, in der sich zu der Zeit etwa 230 Menschen aufhielten. Die Besucher*innen des Strandkorbs beließen es jedoch nicht dabei, die Kubaner »rauszudrängeln«, wie es die Kriminalpolizei später in einer Einstellungsverfügung formulierte.⁹ Stattdessen bildete sich ein aufgeheizter Mob, der die Kubaner auf brutale Weise mit rassistischen Beschimpfungen verfolgte. In den Ermittlungsakten von damals finden sich Aussagen von Zeug*innen und mutmaßlichen Täter*innen, wie beispielsweise

Hans B.: »Schweine, euch schwarzen Hunde müsste man erschlagen.« B. wird 2016 vom MDR erneut zum Vorfall befragt und betont diesmal die Besonderheit dieses Tages. So einen Zusammenhalt der »Masse gegen die Angreifer« habe er vorher noch nicht erlebt, obwohl sich dort »öfters mal geprügelt« worden sei.¹⁰

Die kubanischen Vertragsarbeiter flohen vor den Deutschen entlang der Saale zu einer nahegelegenen Brücke, auf der ihnen der Weg abgeschnitten wurde. Ob sie daraufhin ihre Flucht durch einen Sprung von der Brücke fortsetzten oder von den Verfolger*innen ins Wasser geworfen wurden, wird von Augenzeug*innen unterschiedlich dargestellt. Von den Umstehenden wurden die verzweifelt Flüchtenden mit Flaschen und Steinen beworfen. Einige Kubaner konnten noch gerettet werden, doch zwei Menschen überlebten die Hetzjagd nicht. Es sind Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret. Obwohl die Polizei noch am selben Tag Ermittlungen aufnahm, wurden ihre Leichen erst Tage später geborgen. Der fortgeschrittene Verwesungsgrad der im Hochsommer im Wasser liegenden Leichen, ließ eine aussagekräftige Obduktion zumindest bei der Leiche von Delfin Guerra nicht mehr zu. Hierzu stand im Sektionsprotokoll zu lesen:

Die Sektion ergab einen Tod aus wahrscheinlich unnatürlicher Ursache. [...] Wie die Sektion aufzeigt, befand sich die Leiche des G. zum Zeitpunkt der Sektion in einem so fortgeschrittenen Fäulniszustand, daß eine sichere Feststellung der Todesursache nicht mehr möglich war.¹¹

Die Volkspolizei vernahm dreiundzwanzig DDR-Bürger*innen, von denen fünf tatverdächtig waren, sowie zweiundzwanzig kubanische Vertragsarbeiter. Doch kurz darauf schaltete sich das Ministerium für Staatssi-

cherheit ein und unterband weitere Ermittlungen. Sie wurden ohne Ergebnis und aus offensichtlich politischen Gründen eingestellt, wie aus einem internen Schreiben des Ministeriums für Staatssicherheit hervorgeht: Mit Zustimmung des Genossen Borchert¹² wurde unter Berücksichtigung der brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Kuba entschieden, gegen die an dem Vorkommnis in Merseburg Beteiligten keine strafrechtlichen Maßnahmen einzuleiten und das Ermittlungsverfahren gegen UNBEKANNT einzustellen.¹³

In einem Abschlussbericht der Staatsanwaltschaft Merseburg vom 29. August 1979 wird die Einstellung wie folgt begründet und damit der brutale Tathergang vollständig verschleiert:

Im Verlaufe einer tätlichen Auseinandersetzung am 12. August 1979 in Merseburg zwischen Staatsbürgern der sozialistischen Republik Kuba und der Deutschen Demokratischen Republik sind beim Durchschwimmen der Saale die beiden kubanischen Staatsbürger Delfin Guerra und Andres Garcia Paret ertrunken. Die durch das Institut gerichtliche Medizin und Kriminalistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle durchgeführte Obduktion der identifizierten Leichen hat in Übereinstimmung mit den Untersuchungen der deutschen Volkspolizei eindeutig den Tod durch Ertrinken ohne Einwirkung dritter Personen bestätigt.

Weder das Sektionsprotokoll der Leichen, noch die Untersuchungen der Volkspolizei lassen solch einen Schluss zu. Die Täter*innen mussten für die Hetzjagd also keinerlei Konsequenzen fürchten. Die kubanischen Vertragsarbeiter*innen hingegen verloren

nicht nur zwei Kollegen und Freunde, sondern wurden umgehend abgeschoben und im Gefängnis Combinado del Este bei Havannah inhaftiert. Welches Vergehen ihnen vorgeworfen wurde und wie lange sie in Haft bleiben mussten, ist leider nicht bekannt.

Angesichts der Brutalität und der vielen Indizien für einen rassistischen Lynchmord ist es überraschend, dass es nie eine Strafverfolgung gab. Denn das rassistische Motiv der Hetzjagd in Merseburg ist durch die protokollierten Aussagen der Täter*innen und Zeug*innen hinreichend belegt. Dabei fallen vor allem die wenig verdeckten Schuldeingeständnisse von Hans B. oder Horst B. auf – letzterer war ein westdeutscher Industriearbeiter auf Montage in der Nähe von Merseburg. Er gab in einem Vorgespräch mit dem MDR 2017 offen zu, zum Angriff auf die »schwarzen Affen« aufgefordert zu haben.¹⁴

Vor laufender Kamera wollte er dies jedoch nicht nochmal bestätigen. Er kommentierte: »Ich habe zur Verfolgung aufgerufen. [...] Ich hab Ihnen doch am Telefon auch gesagt: »Mord verjährt nicht.«¹⁵

Gesellschaftlicher und institutioneller Rassismus in der DDR wurden weder vor noch nach der Wende wirklich aufgearbeitet. Wir wollen uns im Folgenden damit auseinandersetzen, wie es zu dieser Lücke kam und wie sie dazu führte, dass Betroffene überhört und rassistische Verbrechen nicht verfolgt wurden.

Rassismus, der nicht sein durfte

Wir stehen heute [...] hier, weil unsere Familien über die sogenannten Bruderstaaten ihren Weg in die ehemalige DDR fanden. Für sie und die anderen Familien stehen wir heute hier. Als von Rassismus betroffene und in

diesem Land sozialisierte Frauen wissen wir nur zu gut, dass es uns unmöglich gemacht wird, offen, sachlich und ehrlich über Rassismus zu sprechen.¹⁶

Um zu verstehen, weshalb erst nach vierzig Jahren zum ersten Mal ein Gedenken für einen mutmaßlich rassistisch motivierten Mord stattfand, lohnt es sich, einen näheren Blick auf die Situation der Vertragsarbeiter*innen in Merseburg und in der DDR zu werfen und den strukturellen Rassismus in der DDR in den Blick zu nehmen. Dabei wurde Rassismus in der DDR bisher nur wenig thematisiert. Gesellschaftlicher und institutioneller Rassismus in der DDR wurden weder vor noch nach der Wende wirklich aufgearbeitet. Wir wollen uns im Folgenden damit auseinandersetzen, wie es zu dieser Lücke kam und wie sie dazu führte, dass Betroffene überhört und rassistische Verbrechen nicht verfolgt wurden.

Aufgrund der vermeintlich antifaschistischen und antirassistischen Grundpfeiler, auf denen das Selbstbild der DDR gebaut war, propagierte sie, die ›Entnazifizierung‹ innerhalb ihrer Grenzen besonders konsequent durchgeführt zu haben. Der Bau des sogenannten ›antifaschistischen Schutzwalls‹, den das SED-Regime 1961 veranlasste, diente der Abgrenzung und dem Schutz vor dem Westen, denn »Rassismus wurde [...] als ein Phänomen des kapitalistischen Westens externalisiert.«¹⁷ Dieses Selbstverständnis machte die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Rassismus unmöglich und tabuisierte jeden Vorwurf. Koloniale und nationalsozialistische Kontinuitäten wurden verschleiert, aber der Rassismus selbst verschwand dadurch nicht aus den Köpfen. Wie sehr Rassismus das gesellschaftliche Zusammenleben prägte, machen die Erzählungen von betroffenen Menschen wie Paulino Miguel deutlich.¹⁸ Die-

ser teilte am 12. August 2019 mit den Teilnehmenden des Gedenkens seine Erfahrungen als mosambikanischer Schüler in der DDR und später als Vertragsarbeiter:

Institutioneller Rassismus basierte darauf, dass die Belange der Vertragsarbeiter einfach nicht ernst genommen wurden. Sie waren keine gleichwertigen Mitglieder der Gesellschaft. Sie waren entweder: nur Afrikaner, nur Vietnamesen, nur Kubaner, nur Algerier, nur Mongolen, mehr nicht. Ein besseres Leben oder eine bessere Zukunft hatte die DDR für sie nicht geplant oder vorgesehen. Sie sollten gar nicht erst gesellschaftlich ankommen. Die Lösung: Segregation von der Bevölkerung. Streiks oder Beschwerden über harte Arbeit wurden nicht ernst genommen. [...] Die Arbeiter hatten keine Chance, sich beruflich weiterzuentwickeln. In öffentlichen Verkehrsmitteln wurden sie manchmal nicht mitgenommen. Linienbusse oder Taxen haben oftmals nicht angehalten, wenn nur Mosambikaner, Kubaner, Vietnamesen oder Algerier warteten. Vertragsarbeiter wurden als potentielle Gefahr für die Gesellschaft angesehen. So wurde jeder Gang zum Supermarkt eine Herausforderung für sie.¹⁹

Ramón Cruz kam zusammen mit anderen jungen Kubaner*innen nur wenige Monate vor dem 12. August 1979 als Vertragsarbeiter nach Merseburg. Bereits nach einem Jahr musste er die DDR nach einem gescheiterten Fluchtversuch in den Westen wieder verlassen. Heute lebt er in Spanien und kehrte im August 2019 zum ersten Mal nach Deutschland zurück. Während er in Merseburg nach den Orten in seiner Erinnerung suchte, recherchierte seine Frau im Internet und stieß auf einen kubanischen Artikel über das erst kürzlich organisierte Gedenken.²⁰ Daraufhin kontaktierten sie die Initiative 12. August und Cruz erzählte den Organisator*innen in

einem Gespräch von den Lebensumständen und der Diskriminierung, die er als weißer Kubaner, vor allem aber seine Schwarzen Kolleg*innen erfahren haben:

Das war ein riesiges Problem. Schon im Zug auf dem Weg zur Arbeit, auf der Arbeit in den Leuna-Werken, in der Diskothek, in der Kaufhalle, eigentlich überall. Egal wo du hingekommen bist, na gut nicht überall, aber in den allermeisten Orten, wenn Du reingekommen bist, konntest du schon an den Gesichtern der Menschen sehen, dass du nicht willkommen bist. Du konntest es fühlen. [...] Unser Boss auf Arbeit in den Leuna-Werken, er war so ein Glatzkopf, er hat uns eigentlich die ganze Zeit nur angeschrien. [...] Es haben mich die Leute, es ist einige Male vorgekommen, dass sie mir ins Gesicht irgendetwas mit »Scheiße« sagten. [...] Und jedes Mal wenn wir reisen mussten, litten wir sehr. Weißt Du, überall wo wir hinkommen, machen wir Kubaner nun mal Lärm und reden laut, und im Zug kochten die meisten DDR-Bürger schon vor Wut, und man konnte den Hass in ihren Gesichtern sehen. [...] Auch wenn es viele schöne Dinge in der DDR gab, das Härteste war der Rassismus, das hat uns am stärksten getroffen, darunter haben wir am meisten gelitten.²¹

Die Berichte von Paulino Miguel und Ramón Cruz beschreiben nicht nur individuelle Erlebnisse, sondern kollektive Erfahrungen vieler von Rassismus betroffener Menschen. Sie machen deutlich, wie sehr migrantische Lebensrealität in der DDR von prekären Arbeitsbedingungen, Segregation, Gewalt und paternalistischer Reglementierung des Alltags geprägt war.

Es ist wichtig, dass ihre Erzählungen, die keinen Platz im mehrheitsgesellschaftlichen Narrativ finden, gehört werden. Andere können ihre Geschichten nicht mehr selbst er-

zählen:

Manuel Diogo war ein ehemaliger mosambikanischer Vertragsarbeiter, der in einem Sägewerk in Coswig bei Dessau beschäftigt war. Am 30. Juni 1986 wurde die Leiche des 23-Jährigen an der Bahnstrecke zwischen Berlin und Dessau in Höhe Borne aufgefunden. Laut MDR-Recherchen und den Erinnerungen eines Freundes traf Diogo im Zug auf eine Gruppe Neonazis, die ihn zunächst verbal attackierten, auf ihn einschlugen und schließlich an seinen Beinen gefesselt aus dem fahrenden Zug hängen ließen.²²

Der Obduktionsbericht beschreibt, dass Diogo eine offene Schädelfraktur mit Zertrümmerung der Schädelbasis sowie schwere innere Verletzungen erlitt.²³ Den Angehörigen wurde bei der Rückführung der Leiche vorgelogen, dass Manuel bei einem Arbeitsunfall ums Leben gekommen sei und es wurde ihnen untersagt, den Sarg zu öffnen.

Carlos Conceição kam als Jugendlicher aus Mosambik in die DDR, um wie Paulino Miguel in Staßfurt die Schule der Freundschaft zu besuchen. Immer wieder kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Angriffen auf die Schüler*innen. In der Nacht vom 19. auf den 20. September 1987 kam es zunächst in und anschließend vor einem Jugendfreizeitzentrum in Staßfurt zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und mosambikanischen Jugendlichen. Dabei wurden mehrere mosambikanische Jugendliche verletzt und Carlos Conceição über ein Brückengeländer geworfen. Da er nicht schwimmen konnte, rief er laut um Hilfe, doch niemand aus der umstehenden Menge half und er ertrank. Die Täter wurden zwar gefasst, doch unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde lediglich einer von ihnen zu fünf Jahren Freiheitsstrafe wegen »Körperverletzung mit Todesfolge« verurteilt und bereits

1990 im Zuge der Wiedervereinigung wieder entlassen.²⁴ Im Interview mit dem MDR stand der Täter auch 30 Jahre später noch zu seiner rassistischen Tat.²⁵

Offiziell gibt es keine anerkannten Opfer rassistischer Gewalt in der DDR, und auch bei der Tötung von Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret wollen Verantwortliche in Justiz und Politik weder damals noch heute ein rassistisches Motiv erkennen. Aber wie sollen rassistische Kontinuitäten aufgearbeitet werden, die auch den Nährboden für heutige rassistische Gewalttaten darstellen, wenn den Betroffenen nicht zugehört wird, wenn Todesopfer rechter Gewalt keine Anerkennung zu Teil wird und sowohl die Gesellschaft als auch Behörden sich der Verantwortung entziehen?

Sinnbildlich für das fehlende Bewusstsein sind auch die wenigen wissenschaftlichen Quellen zu rassistischer Gewalt in der DDR, wie die Arbeiten von Harry Waibel, der sich dabei jedoch allein auf Stasi-Akten und nicht auf Berichte von Betroffenen bezieht. Von umso größerer Bedeutung ist es, wenn Betroffene das Schweigen brechen und zu sprechen beginnen – auch noch Jahrzehnte danach.

Die Folgen der Wegschauens

Neben der ideologischen Unvereinbarkeit eines rassistischen Mordes mit den Ansprüchen des ›real existierenden Sozialismus‹, scheinen dem schnellen Ende der strafrechtlichen Ermittlungen auch außenpolitische Erwägungen zugrunde zu liegen. Für die DDR-Regierung hätte ein rassistischer Lynchmord einen außenpolitischen Skandal, vor allem gegenüber der benachbarten BRD,

und einen Vertrauensbruch mit dem Kooperationspartner Kuba bedeutet. Stattdessen wurden alle Täter*innen von ihrer Schuld freigesprochen und die rassistische Gewalt als ein ›Arbeitsunfall‹ bezeichnet und damit verleugnet. Bis heute wirkt dieser Freispruch nach, sodass die Initiative 12. August in Merseburg von vielen Seiten kritisiert wird und bei der Forderung nach Aufklärung und Gedenken nur wenige Verbündete vor Ort hat. Doch auch die juristischen Folgen der damaligen Bewertung und Ermittlungsführung sind bis heute weitreichend. Nachdem 2016 die erste MDR-Dokumentation über die Todesfälle veröffentlicht wurde, bewegte sich auch auf politischer Ebene etwas. Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, forderte von der Staatsanwaltschaft Halle (StA) eine Prüfung der Wiederaufnahme von Ermittlungen. In einer schriftlichen Antwort lehnte die StA im Dezember 2016 erneute Ermittlungen unter Berufung auf fehlende »Anhaltspunkte für ein Tötungsdelikt« in den »umfangreichen polizeilichen Ermittlungen« in der DDR, ab. Tatgeständnissen und Zeugenaussagen, die 2016 in der Dokumentation des MDR veröffentlicht wurden, wurde nicht weiter nachgegangen, sondern lediglich die damalige Gerichtsmedizinerin erneut als Zeugin vernommen. Es ist überraschend, wie unhinterfragt die Staatsanwaltschaft die Einschätzungen der DDR-Behörden übernimmt, wo doch die politische Einflussnahme auf den Fall offensichtlich ist. Ebenso wird das rassistische Motiv in dieser Verfügung verleugnet, indem die Brutalität der Täter*innen durch die Hilfeleistungen einzelner Unbeteiligter aufgewogen und in einer Täter-Opfer-Umkehr der Angriff der Vertragsarbeiter als »maßgeblich für die massiven tätlichen Auseinandersetzungen« bezeichnet wird.

Doch die Untätigkeit der StA Halle scheint nicht nur auf einer bloßen Fehleinschätzung zu beruhen, sondern offenbar auch auf Unwillen. In einem Interview mit dem MDR 2017 behauptet der zuständige Oberstaatsanwalt Klaus Wiechmann fälschlicherweise, er selbst müsse gegebenenfalls unzumutbare Ermittlungen in Kuba führen:

Wir sehen keinen Anfangsverdacht für einen Mord. Mithin habe ich deswegen auch keine Veranlassung irgendwelchen Personen hinterherzulaufen. Wenn überhaupt, dann müsste ich allen hinterherlaufen. Und das ist ein Unding. Da müsste ich nach Kuba fahren und versuchen zu ermitteln, welche von den 20 Kubanern, die dort vernommen wurden, dort vielleicht noch aufhältig sind und die auch nochmal befragen. Und das ist was Uferloses.²⁶

Martin Heger, Professor an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, schätzt auf Nachfrage des MDR vor allem die Begründung der Verfügung als »rechtsstaatlich problematisch« ein, denn es gibt Beweise und Anhaltspunkte, die zumindest den Versuch eines Mordes nahelegen, und denen müsse man zunächst nachgehen. Bereits der Wurf einer Glasflasche auf eine im Wasser untergehende Person könne als Mordversuch gewertet werden. Auch aus den Stasi-Akten, den Recherchen von Harry Waibel und des MDR geht hervor, dass es hinreichende Anhaltspunkte für den Verdacht auf die Ermordung oder zumindest auf den Versuch, die Beihilfe oder die Anstiftung zum Mord gibt. All diese Tatbestände verjähren nicht. Das sieht die Landtagsabgeordnete Henriette Quade (Die Linke) ebenso und hat im August 2019 Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet.

Die Kontinuitäten brechen

Da es weder auf gesellschaftlicher noch auf politischer und juristischer Ebene eine Bereitschaft gibt, die Existenz von Rassismus in der DDR anzuerkennen und Gewalttaten aufzuarbeiten, steht die Gedenkarbeit der Initiative 12. August vor Herausforderungen. Es gibt bisher keinen öffentlichen Gedenkort und bis zum 12. August 2019 gab es vierzig Jahre lang überhaupt kein öffentliches Erinnern. Die Stadt Merseburg trägt dieses brutale Ereignis schweigend und verdrängend bis heute. Der Oberbürgermeister Jens Bühlig (CDU) hat die Forderung nach einem öffentlichen Gedenkort in Merseburg abgelehnt und berief sich in seiner Begründung auf die Einschätzungen der StA Halle.

Das Wegschauen und das Relativieren rassistischer Gewalt zeigt sich hier als ein kontinuierlicher Mechanismus, der seit über vierzig Jahren angewendet wird. Das Ziel unserer Initiative ist es, mit dieser Kontinuität zu brechen. Wir lehnen die Einschätzung der DDR-Behörden ab, die bis heute unhinterfragt übernommen wird. Deshalb dürfen die DDR-Akten nicht das einzige Zeugnis des Schicksals der getöteten Menschen bleiben. Die Deutungsmacht über das Geschehene gehört unserer Ansicht nach denen, die von Gewalt und Rassismus betroffen waren. Wir stellen die Perspektiven und Erzählungen der Opfer und ihrer Angehörigen in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Auch wenn die juristische Aufarbeitung nicht in unseren Händen liegt, so haben wir zumindest die Verantwortung, die Getöteten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und über den Rassismus nicht einfach hinwegzusehen. Deshalb werden wir weiterhin für einen öffentlichen Gedenkort in Merseburg streiten. Wir werden weiterhin Gedenkveranstaltungen organisie-

ren und den Täter*innen keine Ruhe lassen. Wir werden uns weiterhin mit den Familien, Angehörigen und anderen Zeitzeug*innen vernetzen und ihre Erfahrungen und Erinnerungen in die Öffentlichkeit tragen.

Es braucht diesen Gedenkort als warnendes Signal an eine Gesellschaft, in der institutioneller Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Geschichte hat und aktuell wieder zu sagbaren Meinungen werden. Rassistische Gewalt, sei sie vor 40 Jahren passiert oder heute, darf nicht stillschweigend akzeptiert werden.²⁷

In Erinnerung an
Delfin Guerra
Raúl Garcia Paret
und
Carlos Conceição
Manuel Diogo

Anmerkungen

- 1 Redebeitrag von Ousman Abu Bakr, Merseburg 12.08.2019.
- 2 Gedenkrede der Initiative 12. August, Merseburg 12.08.2019.
- 3 UnSichtbar – Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg engagiert sich gegen Rassismus und richtet sich an Frauen*, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind oder erst seit einiger Zeit hier leben, die sich als Schwarz, Afrodeutsch oder Women* of Colour bezeichnen und politisch aktiv werden wollen.
- 4 Redebeitrag unSichtbar Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg, Merseburg 12.08.2019.
- 5 In Merseburg werden Menschen mit Duldungsstatus Lebensmittelgutscheine statt Bargeld als Sozialleistung gegeben.
- 6 Siehe englisches Zitat am Textanfang.
- 7 Waibel, Harry, Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017.
- 8 MDR Exakt – Die Story, Vertuscht und Verdrängt. Warum starben Vertragsarbeiter in der DDR? Ausstrahlung: 17.08.2016.
- 9 Aus der Verfügung der Kriminalpolizei vom 27. August 1979: »Die Bürger der DDR wehrten sich gegen diesen Angriff und drängten die Bürger der Republik Kuba aus der Gaststätte.«
- 10 Hans B. in MDR Exakt, Vertuscht und Verdrängt. 2016.
- 11 MfS, BStU, HA IX 8575, Bl. 279–291.
- 12 Zuständiger Stellvertreter des Generalstaatsanwaltes der DDR.
- 13 Waibel, Die braune Saat, S. 293.
- 14 MDR Exakt – Die Story, Schuld ohne Sühne. Warum rassistische Täter in der DDR davonkamen? Ausstrahlung: 15.11.2017.
- 15 Ebd.
- 16 Redebeitrag unSichtbar Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg, Merseburg, 12.08.2019.
- 17 Ransiek, Anna-Christin, Rassismus in Deutschland. Eine macht-reflexive, biographietheoretische und diskursanalytische Studie, Wiesbaden 2019.
- 18 Vgl. den Beitrag von Paulino Miguel in diesem Buch sowie das Videointerview mit ihm im Webprojekt »Erinnern stören«.
- 19 Redebeitrag Paulino Miguel, Merseburg 12.08.2019.
- 20 CiberCuba, »Recuerdan en Alemania a dos cubanos asesinados en la RDA en 1979«, 13.08.2019. Online abrufbar unter: <https://www.cibercuba.com/noticias/2019-08-13-u1-e199556-s27061-recuerdan-alemania-dos-cubanos-asesinados-rda-1979> [letzter Zugriff: 27.01.2019].
- 21 Interview der Initiative 12. August mit Ramón Cruz, 01.09.2019.
- 22 MDR Exakt, Schuld ohne Sühne, 2017.
- 23 Waibel, Harry, Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR. Frankfurt am Main 2014. S. 145.
- 24 Ebd.
- 25 MDR Exakt, Schuld ohne Sühne, 2017.
- 26 Oberstaatsanwalt Klaus Wiechmann in MDR Exakt, Schuld ohne Sühne, 2017.
- 27 Gedenkrede der Initiative 12. August, Merseburg 12.08.2019.